NIEDERSCHRIFT UmDe/012/2007

über die Sitzung des Umwelt- und Denkmalausschusses der Stadt Billerbeck am 05.06.2007 im Sitzungssaal des Rathauses.

Vorsitzender:

Herr Dr. Wolfgang Meyring

Ausschussmitglieder:

Herr Thomas Hagemann Vertretung für Herrn

Florian Heuermann

Herr Ludger Kleideiter

Frau Brigitte Mollenhauer Vertretung für Herrn

Jochen Dübbelde

Herr Franz Becks Vertretung für Herrn

Hans-Jürgen Dittrich

Herr Klaus Wieling Vertretung für Herrn

André Heßling

Sachkundige Bürger gem. § 58 Abs. 3 GO NW:

Herr Bernd Kösters

Frau Sarah Bosse-Berger Herr Winfried Heymanns

Sachkundiger Bürger gem. § 58 Abs. 1 Satz 7 GO NW:

Herr Ralf Flüchter

Von der Verwaltung:

Frau Marion Dirks
Frau Jutta Greving
Herr Gerd Mollenhauer

Frau Birgit Freickmann Schriftführerin

Beginn der Sitzung: 18:00 Uhr Ende der Sitzung: 18:55 Uhr

TAGESORDNUNG

I. Öffentliche Sitzung

1. Zuwendungsbescheid des Landes NRW zur Restaurierung der Grabsteine auf dem jüdischen Friedhof

Ohne weitere Erörterung nehmen die Ausschussmitglieder die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

2. Tag des offenen Denkmals am 09. September 2007

Frau Greving erläutert die Ausführungen in der Sitzungsvorlage.

Herr Hagemann begrüßt ausdrücklich die Idee, den ADFC einzubinden. Dadurch erhalte die Veranstaltung einen anderen Anstrich als üblich und werde von der Bevölkerung sicherlich gut angenommen.

Herr Dr. Meyring fragt nach, ob an den verschiedenen Stationen auch außerhalb der vorgegebenen Zeiten Führungen stattfänden. Frau Greving teilt mit, dass die Besichtigung der Burgkapelle Haus Hameren nur zu der festgelegten Zeit möglich sei, die anderen Stationen könnten an dem Tag zu jeder Zeit angefahren und besichtigt werden.

Herr Wieling merkt an, dass die Erfahrungen mit den bereits stattgefundenen Denkmaltagen gezeigt hätten, dass diejenigen, die sich für den Denkmaltag interessierten auch gezielt die für sie interessanten Objekte anführen.

Die Ausschussmitglieder nehmen die Ausführungen der Verwaltung zum Denkmaltag zustimmend zur Kenntnis.

3. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 2.11.2006 hier: Umwidmung des "Schlageter Denkmals" zu einem "Mahnmal gegen das Vergessen"

Frau Dirks erläutert, dass die Verwaltung beauftragt worden sei, einen Textentwurf für ein Schild oder eine Inschrift zu entwerfen und hier vorzustellen. Der Stadtarchivar habe den in der Sitzungsvorlage dargelegten ausführlichen Text entworfen. Auf Anregung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sei dieser Text Herrn Ester zur weiteren Prüfung zugeleitet worden. Dieser habe eine Stellungnahme zugesagt, die leider erst heute Mittag eingegangen sei (Anlage 1 zu dieser Niederschrift). Herr Ester schlage einen wesentlich kürzeren Text vor, der aber erst nach intensiven Nachforschungen der Geschichte des Platzes und des Denkmals formuliert werden könne. Herr Ester wäre bereit, einen Textvorschlag zu erarbeiten, hierzu benötigte er aber einen Auftrag.

Herr Flüchter bittet darum, heute nicht abschließend zu entscheiden. Die Anregung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, fachlichen Rat einzuholen sei nicht von ungefähr erfolgt. Insofern sei dieses Papier äußerst hilfreich.

Frau Dirks weist darauf hin, dass es nur zwei Möglichkeiten gebe, entweder man verständige sich auf einen Text auf der Grundlage des Stadtarchivars oder man müsse sich näher mit der Geschichte beschäftigen und Herr Ester beauftragen.

Er gehe davon aus, dass heute kein Beschluss gefasst werde, so Herr Wieling. Die Ausführungen des Herrn Ester habe er nur kurz überfliegen können. Im Grunde gehe es darum, eine Geschichtsaufarbeitung für Billerbeck vorzunehmen. Es sei bekannt, dass es in Billerbeck weitere Schlageter-Denkmäler gebe, hierauf sei Herr Ester in seinen Ausführungen nicht eingegangen. In die Gesamtbetrachtung müssten diese aber eingebunden werden. Er wolle heute nichts übers Knie brechen oder eine neue Diskussion auslösen. Bevor ein Beschluss gefasst werde, sollte in Ruhe die Geschichte aufgearbeitet werden.

Herr Dr. Meyring wirft ein, dass dann der in der letzten Sitzung gefasste Beschluss aufgehoben werden müsste.

Dem hält Herr Wieling entgegen, dass die heute vorliegende Diskussionsgrundlage es rechtfertige, einen Beschluss aufzuheben, der mangels ausreichender Informationen gefasst worden sei. Im Übrigen glaube er nicht, dass in den 50-er Jahren eine rechtliche Umwidmung des Denkmals vorgenommen wurde.

Das wird von Frau Dirks bestätigt. Deshalb werde nicht von "Widmung", sondern von Umnutzung gesprochen.

Die Recherchen hätten ergeben, dass sich die Menschen bereits damals von dem Begriff "Schlageter-Denkmal" distanziert haben, so Herr Hagemann. Die jetzige Diskussion könne insofern missverstanden werden als ob der Begriff nun wieder ins Bewusstsein gerufen werden soll.

Frau Mollenhauer schlägt vor, heute die Verwaltung zu beauftragen bis zur nächsten Sitzung einen Vorschlag für eine Informationstafel unter Berücksichtigung der Stellungnahme des Herrn Ester vorzulegen.

Herr Flüchter stimmt der Aufarbeitung der Historie zu, an der Aufstellung einer Informationstafel halte er aber fest.

Herr Wieling weist noch einmal darauf hin, dass es in Billerbeck weitere Schlageter-Denkmäler gebe. Insofern sei die Stellungnahme des Herrn Ester nicht vollständig. Sicherlich sei die Diskussion in der Bevölkerung wieder entfacht, dabei sei aber auch ein Halbwissen verbreitet. Zunächst müsse die Geschichte in Ruhe aufgearbeitet werden, bevor man sich über die Formulierung auf einer Informationstafel unterhalte. Die Diskussion dürfe jetzt nicht auf die Namensgebung dieses Denkmals reduziert werden.

Herr Kösters wirft ein, dass es heute nur um dieses eine Denkmal gehe. Wenn die Auffassung vertreten werde, dass die Entscheidung verschoben werden sollte, dann sollte man das tun. Die Aufbereitung aller anderen Dinge stehe heute nicht zur Diskussion.

Herr Wieling hält dem entgegen, dass es nicht darum gehe, irgendwo ein Schild aufzustellen. Ihm gehe es um die Inhalte und er glaube, das sei auch das Anliegen des Herrn Ester.

Frau Dirks pflichtet dem bei. Herr Ester spreche sich in seiner Stellung-

nahme nicht gegen ein Schild aus, er rege aber an, dass das Schild in ein Gesamtkonzept eingebunden werden und als Einzeltafel einer Leitidee folgen sollte. Der gefasste Beschluss müsse heute nicht aufgehoben werden, sondern könne in die Zeit gestellt werden, um mit Herrn Ester die Leitidee erarbeiten zu können.

Frau Bosse-Berger erkundigt sich, ob Herr Ester bereits Vorschläge unterbreitet habe.

Das wird von Frau Dirks verneint. Die jetzt vorliegende Stellungnahme habe Herr Ester kostenlos erstellt. Die weitere Aufarbeitung und deren Kosten müssten mit Herrn Ester abgesprochen werden.

Nach weiterer Erörterung schlägt Herr Wieling vor, den alten Beschluss aufzuheben und die Verwaltung zu beauftragen, mit Herrn Ester Vorgespräche über die Aufarbeitung der Stadtgeschichte zu führen, die Kosten hierfür zu eruieren und das Ergebnis hier vorzulegen.

Herr Flüchter macht noch einmal deutlich, dass er keine Notwendigkeit sehe, den Beschluss aufzuheben.

Herr Wieling weist darauf hin, dass der bestehende Beschluss aufgrund des damaligen Kenntnisstandes gefasst worden sei und durch die jetzt vorliegenden neuen Erkenntnisse überholt sei.

Herr Flüchter hält an seiner Auffassung fest, der bestehende Beschluss sollte erst aufgehoben werden, wenn die Notwendigkeit hierzu bestehe.

Herr Dr. Meyring weist darauf hin, dass im Grunde ein neuer Beschluss gefasst werden solle, damit der alte Beschluss die Informationstafel betreffend umgesetzt werden könne. Insofern verstehe er den Einwand nicht.

Nach weiterer Erörterung fasst der Ausschuss auf Vorschlag des Vorsitzenden Herrn Dr. Meyring folgenden

Beschluss:

1. Weil sich die Entscheidungsgrundlage, auf deren Basis der Beschluss des Umwelt- und Denkmalausschusses vom 6. Februar 2007 gefasst wurde, geändert hat, wird dieser Beschluss aufgehoben.

Stimmabgabe: einstimmig

 Die Verwaltung wird beauftragt, mit Herrn Ester über Inhalte und Kosten der Aufarbeitung der Stadtgeschichte zu reden und den Stand der Überlegungen in der nächsten Sitzung dieses Ausschusses vorzutragen.

Stimmabgabe: einstimmig

4. Nachtabsenkung der städtischen Beleuchtung

Herr Mollenhauer führt ergänzend zur Sitzungsvorlage aus, dass in Nottuln und Rosendahl eine komplette Nachtabsenkung vorgenommen werde. Dabei sei aber zu bedenken, wie die Straßenbeleuchtung dort grundsätzlich aussehe. Die Straßenbeleuchtung in Billerbeck entspreche nicht der DIN. DIN-gerecht wären Leuchtenabstände von 20 – 30 m, in Billerbeck betrügen diese Abstände durchschnittlich 40 m. Das sei in Nottuln auch so, in Rosendahl seien die Abstände 30 – 35 m lang. Verwaltungsseitig werde vorgeschlagen, die bisherige Regelung beizubehalten.

Zur Nachfrage von Herrn Hagemann, ob bei einer Nachtabsenkung eine Röhre aus oder beide Röhren einer Lampe mit weniger Strom versorgt würden, teilt Herr Mollenhauer mit, dass eine Röhre komplett ausgeschaltet werde. Der Ausfall der Röhre, die nachts in Betrieb bleibe, würde dazu führen, dass die Lampe komplett dunkel wäre.

Herr Kleideiter wirft die Frage auf, ob die Straßenbeleuchtung evtl. in Teilbereichen abgesenkt werden könne. Schließlich gehe es nicht nur um Kosteneinsparungen, sondern auch um den Umweltschutz und Energieeinsparung.

Herr Mollenhauer geht davon aus, dass hierfür mit den Anliegern kein Konsens zu erzielen wäre.

Herr Wieling erinnert daran, dass früher intensiv über die Beleuchtung in der Stadt diskutiert wurde. Seit Jahren müsse hierüber nicht mehr diskutiert werden, da die Bürger mit der jetzigen Lösung zufrieden seien. Da die jetzige Beleuchtung auch der Sicherheit diene, sollte sie beibehalten werden, auch wenn sie evtl. im Widerspruch zum Umweltschutz stehe.

Herr Flüchter regt an, eine Umstellung probeweise durchzuführen. Herr Mollenhauer verweist auf die Kosten. Die RWE habe sich zur Übernahme der einmaligen Umstellungskosten bereit erklärt, eine probeweise Umstellung wäre aber sicherlich nicht umsonst.

Zu der von Herrn Wieling in Erinnerung gerufenen Diskussion Anfang dieses Jahrtausends weist Herr Mollenhauer darauf hin, dass es damals um das Vorziehen der Nachtabsenkung um eine Stunde gegangen sei, womit eine Einsparung von 2.000,-- DM hätte erzielt werden können. Damals sei entschieden worden, für diese geringe Einsparung keine Einschränkung des Standards vorzunehmen.

Herr Becks ergänzt, dass damals auch darauf hingewiesen worden sei, dass zu dem Zeitpunkt, wo die Nachtabsenkung vorgenommen werden sollte, viele Veranstaltungen zu Ende seien und aus Sicherheitsgründen keine Absenkung vorgenommen werden solle.

Frau Mollenhauer betont, dass für sie bei der Beleuchtung die Sicherheit der Bürger im Vordergrund stehe. Es sollte aber geprüft werden, ob bei der Beleuchtung der städt. Gebäude gespart werden könne. Und wenn die Beleuchtung in Billerbeck unterhalb der DIN-Vorschriften liege, dann werde ja bereits gespart.

Beschluss:

Die bisherige Regelung der Straßenbeleuchtung wird beibehalten.

Stimmabgabe: einstimmig

5. Mitteilungen

Keine

6. Anfragen

6.1. Stromausfall im Wüllen - Herr Becks

Herr Becks erinnert an seine Nachfrage nach den Gründen für den Totalausfall der Straßenbeleuchtung im Wüllen Anfang Mai 2007. Herr Mollenhauer räumt ein, dass er noch nicht entsprechend recherchiert habe.

6.2. Straßensperrung der Coesfelder Straße - Frau Mollenhauer

Auf Nachfrage von Frau Mollenhauer teilt Herr Mollenhauer mit, dass zurzeit davon ausgegangen werde, dass die Straße voraussichtlich ab dem 20. Juni 2007 wieder freigegeben werden kann. Die Baufirma arbeite zügig. Bevor die Brücke aufgelegt werden könne, müssten aber die Widerlager ausgehärtet sein. Mit Beginn der Sommerferien erfolge die Baustelleneinrichtung an der Straße "An der Kolvenburg".

Herr Wieling merkt an, dass hier sehr aufwändige Betonfundamente für eine einfache Fußgängerbrücke erstellt würden. Als Laie müsse man sich schon wundern, wofür öffentliche Gelder ausgegeben werden.

6.3. Fußgängerüberweg Industriestraße - Frau Bosse-Berger

Sie habe in letzter Zeit zwei Mal beobachtet, dass es am Fußgängerüberweg Industriestraße Auffahrunfälle gegeben habe, so Frau Bosse-Berger. Sie fragt nach, ob es Möglichkeiten gebe, diesen stark frequentierten Überweg noch sicherer zu machen, indem z. B. während der Schulzeiten die Geschwindigkeit auf Tempo 30 festgesetzt wird. Hierüber müsse in der nächsten Sitzung berichtet werden, so Frau Dirks. Sie wisse aber, dass der Bezirksbeamte regelmäßig zu Beginn der Schulzeit dort stehe und aufpasse.

6.4. Mähen des Grüns auf Spielplätzen - Herr Dr. Meyring

Herr Dr. Meyring weist darauf hin, dass das Gras auf dem Spielplatz Oberlau bis gestern sehr lang und ein Mähen überfällig gewesen sei . Heute sei dort gemäht worden. Er fragt nach, ob der Mähzyklus dem Wachsen des Grases angepasst werde oder ob es feste Zeiten gebe.

Herr Wieling verweist auf einen aufgrund eines Antrages der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gefassten Beschluss, die öffentlichen Grünflächen so zu bepflanzen, dass die Pflege nicht so arbeitsintensiv ist. Die so eingesparte Zeit könnte dazu verwandt werden, auf den Spielplätzen einmal mehr zu mähen. Jetzt werde viel Zeit für das Gießen und Sauberhalten der öffentlichen Grünflächen verwandt.

Herr Mollenhauer legt dar, dass der damalige Beschluss auch umgesetzt worden sei und vermehrt Staudenbeete angelegt worden seien. Im Übrigen werde die Pflege der Spielplätze nicht vernachlässigt. Das Gras werde regelmäßig aber auch nach Bedarf gemäht.

6.5. Instandsetzen des Bürgersteiges vor dem ehem. Haus Wübken Hahnenkamp - Frau Mollenhauer

Frau Mollenhauer erwähnt lobend den Bauhof, der nach ihrem Hinweis den Bürgersteig am Hahnenkamp zügig instand gesetzt habe.

Dr. Wolfgang Meyring Ausschussvorsitzender Birgit Freickmann Schriftführerin